

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 14. November 1968

Nummer 46/47

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1969

In den Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1968 ist vor Jahresfrist eine Neubelebung der Wirtschaftstätigkeit in diesem Jahr in Aussicht gestellt worden. Das tatsächliche Expansionstempo ist nun — wie die vorläufige Vorausschätzung für dieses Jahr zeigt — erheblich stärker als damals prognostiziert. Wesentlich schneller als erwartet haben sich vor allem die privaten Anlageinvestitionen erhöht; erheblich stärkere Impulse auf das Wachstum sind auch von der Vorratsbildung der Wirtschaft ausgegangen. Im Gefolge dieser zusätzlichen autonomen Nachfrageeffekte ist die Entwicklung der Beschäftigung ebenfalls günstiger verlaufen, und auch die Arbeitnehmerinkommen haben das vorausgeschätzte Wachstum übertroffen; die Entwicklung des privaten Verbrauchs hat nicht in erwartetem Maße hemmend auf den gesamtwirtschaftlichen Erholungsprozeß gewirkt; die Einfuhr hat ebenfalls stärker zugenommen.

Die Voraussagen über die Ausfuhrentwicklung haben sich als etwas zu vorsichtig erwiesen; nicht zu prognostizieren waren allerdings die Sonderinflüsse, die insbesondere von den USA und von Frankreich auf den deutschen Export ausgegangen sind. Durch die Realität bestätigt wurde indes die Prognose eines etwa ebenso großen Außenbeitrages wie im Jahre 1967.

In der Schätzung der vom Staat zu erwartenden Ausgaben hat die Prognose die tatsächliche Entwicklung im Ganzen gesehen recht genau getroffen. Eine Ausnahme bilden hier die militärischen Verbrauchsausgaben, die im ersten Halbjahr 1968 erheblich reduziert worden sind; es wird beim Jah-

resergebnis davon ausgegangen, daß die Haushaltsansätze dennoch erreicht werden.

Zur Jahreswende 1968/69 befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einem ungebrochen kräftigen konjunkturellen Anstieg. Die neugewonnene Stabilität im Anstieg vermindert erheblich das Risiko einer gesamtwirtschaftlichen Prognose für das kommende Jahr gegenüber der vor Jahresfrist gegebenen labilen Ausgangslage. Diese Prognose dürfte geringere Fehlermargen haben als die Schätzung des Vorjahres.

Anhaltend hohe Ausfuhrüberschüsse

Das reale Bruttosozialprodukt in den Industrieländern der westlichen Welt ist 1968 mit durchschnittlich 4,5 bis 5 vH rascher gewachsen als im Vorjahr. Abgesehen von der günstigen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war hierfür die ausgeprägte Expansion der inländischen Nachfrage in den Vereinigten Staaten entscheidend. Die verstärkte wirtschaftliche Aktivität in Großbritannien 1968 trug ebenfalls zu der Beschleunigung des Wachstumstempos in der westlichen Welt bei. Unter dem Einfluß dieser expansiven Entwicklung erhöhte sich das Wirtschaftswachstum im Laufe des Jahres auch in den kleineren westeuropäischen Volkswirtschaften. Zunehmend verlagerten sich dabei die Antriebskräfte der Expansion von der Auslands- auf die inländische Nachfrage.

Im Jahre 1969 wird die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern — gemessen am realen Bruttosozialprodukt — weniger günstig sein als 1968: Die Wachstumsrate wird sich

Zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Industrieländer

Länder	Gewichte		Zuwachsraten ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH							
	Brutto-sozial-produkt 1966	Ausfuhr der BRD 1967	1966		1967		1968 ²⁾		1969 ²⁾	
			real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal
Bundesrepublik Deutschland	8,6	—	2,3	6,2	0	0,6	6,0	7,5	4,0	6,5
Frankreich	7,3	16,2	4,9	7,7	4,4	7,4	3,5	8,5	6,0	11,0
Italien	4,4	11,1	5,7	8,0	5,9	8,7	5,0	7,5	5,0	8,0
Niederlande	1,5	13,9	2,8	8,9	5,6	9,3	5,5	9,0	5,5	9,5
Belgien	1,3	10,4	2,8	7,5	3,5	6,6	4,0	7,0	4,5	7,5
EWG-Mitgliedsländer	23,1	—	3,8	7,3	3,1	5,2	4,9	7,9	4,9	8,5
EWG-Mitgliedsländer (ohne BRD)	14,5	—	4,8	7,9	4,9	7,9	4,2	8,1	5,5	9,6
EWG-Mitgliedsländer	—	51,6	4,1	8,0	4,9	8,0	4,5	8,1	5,3	9,2
Großbritannien	7,5	5,6	1,8	6,0	1,4	4,4	3,0	8,0	3,0	7,0
Schweden	1,5	5,7	3,1	8,9	2,7	8,1	4,0	6,5	4,5	7,0
Schweiz	1,1	8,1	2,8	7,5	1,9	6,7	3,5	6,5	4,0	7,0
Dänemark	0,9	3,8	2,3	10,3	3,4	9,5	3,0	9,0	3,0	8,0
Österreich	0,7	6,6	4,6	8,4	2,5	6,1	3,5	6,5	4,0	7,0
Norwegen	0,6	2,4	4,0	8,2	5,3	9,6	4,0	8,0	3,5	7,5
EFTA-Mitgliedsländer	12,3	32,2	2,4	7,0	2,0	5,8	3,2	7,7	3,4	7,1
Europäische Industrieländer	35,4	83,8	3,3	7,2	2,7	5,4	4,3	7,8	4,4	8,0
USA	53,7	12,7	6,4	9,2	2,4	5,6	4,5	8,5	2,5	6,0
Kanada	3,9	1,5	6,5	11,3	2,8	6,8	3,5	7,5	3,0	7,0
Japan	7,0	2,0	10,7	15,0	12,0	18,7	8,5	13,5	8,5	13,5
Außereuropäische Industrieländer	64,6	16,2	6,9	10,0	3,5	7,1	4,9	9,0	3,2	6,9
Insgesamt	100,0	—	5,6	9,0	3,2	6,5	4,7	8,6	3,6	7,3
Insgesamt (ohne BRD)	91,4	—	5,9	9,2	3,5	7,1	4,6	8,7	3,6	7,3
Insgesamt	—	100,0	4,2	8,4	3,9	7,6	4,2	8,0	4,5	8,2

¹⁾ Gewichtung auf Dollarbasis zum geltenden Wechselkurs. — ²⁾ Schätzungen für die einzelnen Länder auf 0,5 vH gerundet.
 Quellen: EWG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; OECD, Main Economic Indicators; Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

vermutlich auf durchschnittlich etwa 3,5 vH abschwächen. In dieser Schätzung schlagen sich vor allem die vergleichsweise pessimistischen Erwartungen für die Einkommensexpansion in den Vereinigten Staaten nieder, wo mit einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität infolge restriktiver Maßnahmen gerechnet wird. In den westeuropäischen Ländern dürfte sich dagegen das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts im Durchschnitt beschleunigen; vor allem in den übrigen EWG-Staaten ist eine stärkere Expansion zu erwarten. Insbesondere für Frankreich, das wichtigste Ausfuhrland der Bundesrepublik, sind die Aussichten für eine kräftige Expansion der inländischen Nachfrage im Jahre 1969 günstig.

In den westlichen Industrieländern wird die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht ausreichen, um das Angebotspotential voll auszuschöpfen. Gesamtwirtschaftliche Spannungen, die zu verstärkten Preissteigerungen führen könnten, sind 1969 demnach wenig wahrscheinlich. In Frankreich ist allerdings mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs vornehmlich infolge der Lohnkostensteigerungen zu rechnen, die auch einen stärkeren Anstieg der Einfuhren nach sich ziehen wird. Zu einer knappheitsbedingten Erhöhung der Importneigung dürfte es hier jedoch ebenso wenig

kommen wie in den übrigen Industrieländern. Die Beschleunigung des Einfuhranstiegs im bisherigen Verlauf des Jahres 1968 ging mit der Wiederbelebung der inländischen Nachfrage — insbesondere mit dem Wiederaufbau der Lager — einher; sie wird sich in diesem Ausmaß 1969 nicht fortsetzen.

In der Bundesrepublik Deutschland kann der Ausfuhrüberschuß (i. S. der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) für 1968 auf wenigstens 16 Mrd. D-Mark geschätzt werden. Mit diesem Ergebnis werden die Erwartungen enttäuscht, daß mit dem westdeutschen Konjunkturaufschwung ein Abbau der hohen Außenhandelsüberschüsse einhergehen werde. Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hatte die Ausfuhr, deren Wachstum sich nach der Jahresmitte 1968 kräftig verstärkte. Auch im nächsten Jahr ist bei anhaltender konjunktureller Expansion in wichtigen Partnerländern mit hohen Exporten zu rechnen. Die voraussichtliche Entwicklung der Einfuhr von Waren- und Dienstleistungen läßt jedoch erwarten, daß der Außenbeitrag 1969 leicht zurückgehen wird.

In der jüngsten Beschleunigung des Ausfuhrwachstums spiegelt sich die verstärkte wirtschaftliche Aktivität im Ausland; deutlich war aber auch der Einfluß von Sonderfaktoren, wie vor allem die

Eindeckungskäufe der Vereinigten Staaten, die aus Sorge vor drohenden Streiks der Hafenarbeiter vorgenommen wurden. Im besonderen Maße profitierte hiervon der Kraftfahrzeugexport. Kräftig belebt hat sich insgesamt gesehen aber auch das Auslandsgeschäft mit elektrotechnischen Erzeugnissen und Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien. Im Maschinenbau zeichnete sich in letzter Zeit ebenfalls eine Aufwärtsentwicklung des Exports ab.

Der Verlauf des ausländischen Bestelleingangs bei der deutschen Industrie läßt erwarten, daß die Ausfuhren in den kommenden Monaten weiter kräftig steigen werden. Die von der Auslandskonjunktur ausgehenden Impulse dürften sich 1969 indes etwas abschwächen. Die Lieferungen nach den Vereinigten Staaten werden vermutlich sogar zurückgehen. Aber auch das Wachstum der Ausfuhr nach Großbritannien dürfte sich im kommenden Jahr erheblich verlangsamen. Das Schwerk Gewicht der Ausfuhrerexpansion wird sich zunehmend auf den kontinentaleuropäischen Raum und hier in erster Linie auf die EWG-Länder verlagern.

Trotz der Fortdauer des Konjunkturaufschwungs in der Bundesrepublik wird auch im kommenden Jahr die Angebotselastizität der deutschen Wirtschaft hinreichend groß sein, um eine Exportsteigerung in der erwarteten Größenordnung von 8,5 vH ohne Überbeanspruchung der heimischen Produktionskapazitäten zu ermöglichen. Eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Exports, sei es durch verlängerte Lieferfristen oder eine relative Verteuerung des Angebots, wird unter diesen Umständen nicht erwartet. Der bislang zu beobachtende Rückgang der Ausfuhrpreise wird indes durch einen — wenn vermutlich auch nur leichten — Anstieg abgelöst werden.

Die Einfuhr ist seit der Jahresmitte ebenfalls verstärkt gestiegen, da die Fertigwarenbezüge beschleunigt zugenommen haben. Dabei hat sich sowohl die Einfuhr von Investitionsgütern als auch von Verbrauchsgütern konjunkturell erhöht. Das Wachstum der Rohstoff- und Halbwarenimporte ist dagegen langsamer geworden, da der Prozeß der Lagerauffüllung, von dem die Einfuhrentwicklung zuvor starke Impulse erhalten hatte, weitgehend abgeschlossen ist. Auch die Importe von Ernährungsgütern haben in letzter Zeit bei der reichlichen Versorgung aus inländischer Erzeugung nur wenig zugenommen.

Im kommenden Jahr wird die Einfuhr voraussichtlich stärker expandieren als die Ausfuhr. Der Anteil des ausländischen Güterangebots auf den Binnenmärkten wird sich 1969 im Vergleich zu diesem Jahr nochmals erhöhen. Eine weitere Beschleunigung des Wachstums ist jedoch wenig wahrscheinlich. Vielmehr dürften die Fertigwarenimporte ihren Anstieg im zuletzt erreichten Tempo fortsetzen.

Zinsauftrieb muß verhindert werden

Die monetäre Situation in der Bundesrepublik¹ ist gekennzeichnet durch eine zunehmende inländische und eine nach wie vor hohe ausländische Nachfrage, insbesondere nach langfristigen Finanzierungsmitteln; sie konnte bisher bei einem leicht sinkenden Zinsniveau gedeckt werden. Ermöglicht wurde dies durch einen außergewöhnlich günstigen Liquiditätsstatus der Banken und der übrigen Wirtschaft. Die Verlautbarungen der Bundesbank, daß sie vorerst keinen Anlaß zu Restriktionsmaßnahmen sehe, hat zu dieser Zinsentwicklung sicherlich beigetragen.

Verglichen mit den Investitionsausgaben hat der Nettokreditbedarf der inländischen Unternehmen bisher nur wenig — und vor allem auch schwächer als die Brutto-Neuverschuldung — zugenommen: Die erste Phase des Konjunkturaufschwungs hat zu steigenden Unternehmereinkommen und damit zu einer erheblichen Verbesserung der Geldvermögensposition der Unternehmen geführt; diese Entwicklung ist durch die Entlastung der Altvorräte begünstigt worden. Im kommenden Jahr werden die Unternehmereinkommen nicht mehr so stark steigen wie bisher, außerdem entfällt der liquiditätserhöhende Effekt, der durch die Entlastung der Altvorräte in diesem Jahr gegeben war. Bei weiterhin steigenden Investitionsausgaben wird daher die Nettoverschuldung der Unternehmen 1969 stark zunehmen.

Befürchtungen, daß die zu erwartende starke Zunahme der Nettoverschuldung der Unternehmen im kommenden Jahr zu einer bedenklichen Beanspruchung des Kapitalmarktes führen könnte, sind bisher nicht zu begründen: Die Zahlungen des privaten Sektors an den Staat in Form von Steuern und sonstigen Abgaben werden stärker wachsen als die Inlandsausgaben der öffentlichen Hand für Übertragungen, Investitionen und Verbrauch. Der Staat wird 1969 also wesentlich weniger Fremdmittel

¹ Alle Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West).

Entwicklung der erfaßbaren Bankenliquidität¹⁾

	1966	1967	1968 ²⁾	1969 ³⁾
Liquiditätserhöhende (+) bzw. -vermindernde (-) Vorgänge				
Zunahme (-) der Zentralbankguthaben der Banken ²⁾	-1,4	+1,9	-2	-1,5
<i>Zum Vergleich:</i>				
Zunahme des Reserve-Solls				
aufgrund: Einlagenzunahme . . .	-1,3	-2,6	-2	-1,5
Reservesatzänderung ³⁾ . . .	+0,1	+5,9	—	—
Bargeldzunahme (-) bei Nichtbanken	-1,2	-0,6	-1	-1,5
Staatliche Transaktionen	7)+2,3	+3,8	+2	± 0 bis +1
Offenmarktoperationen ⁴⁾	—	+1,2	-0,5	·
Sonstige Vorgänge	-0,7	-0,3	—	—
Zusammen	-1,0	+6,0	-1,5	-2 bis -3
Devisenzufluß ⁵⁾	7)+0,9	+4,4	+5	+2 bis +3
Änderung der Bankenliquidität ¹⁾ . .	-0,1	+10,4	+3,5	-1 bis +1
Bestand an erfaßbarer Bankenliquidität ¹⁾				
Dreimonatsdurchschnitt ⁶⁾	+3,5	+14,2	+19	+18 bis +20

1) Von den Kreditinstituten (ohne Bundesbank) gehaltene inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Guthaben bei ausländischen Banken und ausländische Geldmarktpapiere minus Refinanzierung bei der Bundesbank. — 2) Einschl. Bargeld. — 3) Einschl. geldmarkttechnisch bedingter Reservesatzermäßigung im Dezember 1965 und 1966. — 4) Kauf von öffentlichen Anleihen durch die Bundesbank auf deren Rechnung. — 5) Zunahme (+) der Währungsreserven der Bundesbank sowie der Auslandsanlagen (Anmerk. 1) der übrigen Kreditinstitute. — 6) Stand am Ende der Monate November und Dezember sowie Januar des folgenden Jahres. — 7) Einschl. notenbank- und geldmarktfinanzierter Sonderzahlungen an das Ausland von 1,8 Mrd. DM. — 8) Eigene Schätzungen.

benötigen als in diesem Jahr. Da die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte 1969 mit Sicherheit höher sein wird, ist die wachsende Nettoverschuldung der Unternehmer trotz des verringerten Einnahmenüberschusses gegenüber dem Ausland ohne Schwierigkeiten zu finanzieren.

Bisher ist der kräftige Aufschwung des Wertpapiermarktes fast ausschließlich von den Kreditinstituten — insbesondere den Geschäftsbanken — getragen worden. Neuerdings hat jedoch der Erwerb langfristiger Schuldtitel durch Banken nachgelassen.

Im kommenden Jahr wird sich die Bankenliquidität kaum verändern. Bei dem wachsenden Nettokreditbedarf der inländischen Unternehmen und dem voraussichtlich unverändert hohen Bedarf an langfristigen Finanzierungsmitteln von seiten des Auslandes ist bei weiter sinkenden Wertpapierkäufen der Banken eine leichte Zinsauftriebstendenz im kommenden Jahr nicht auszuschließen. Diese Entwicklung würde bei unveränderten Zinssätzen im Ausland den Kapitalexport erschweren. Geeignete Maßnahmen, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, sind zum Beispiel die Senkung der Mindestreservesätze und/oder der Ankauf langfristiger Schuldtitel durch die Bundesbank; gerade im letzten Jahr hat sich gezeigt, daß die Bundes-

bank in der Lage ist, durch den Ankauf eines relativ kleinen Volumens öffentlicher Anleihen das Klima auf dem Kapitalmarkt in der gewünschten Art zu beeinflussen.

Wenn die Einnahmen der öffentlichen Hand im kommenden Jahr so wachsen, daß es zum Aufbau von überschüssigen Kassenreserven kommt, dann sollte der Staat diese Mittel nicht bei der Bundesbank halten und sie so dem Kreislauf entziehen. Vielmehr sollte die öffentliche Hand sich nicht nur zu einer verstärkten Tilgung ihrer Schulden bei Geschäftsbanken und Nicht-Banken, sondern auch zum Ankauf noch nicht tilgungsreifer langfristiger Schuldtitel entschließen, und so die Politik der Bundesbank ergänzen oder — falls erforderlich — ersetzen.

Wachstum des Sozialprodukts schwächt sich ab

In der Gemeinschaftsdiagnose haben die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute den Zuwachs des Sozialprodukts im Jahre 1968 auf nominal 8 vH und real 6 vH veranschlagt²⁾. Die Schätzungen basieren auf dem Informationsstand von Mitte Oktober und haben in den wenigen Wochen, die seitdem vergangen sind, nicht an Wahrscheinlichkeit verloren.

Das erfreulich starke und bis in die jüngste Zeit unvermindert anhaltende Wachstum der westdeutschen Wirtschaft führt in diesem Jahr zu einem absoluten Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts um rund 40 Mrd. DM. Davon entfällt — weit weniger als es dem Anteil am Sozialprodukt entspricht — knapp die Hälfte auf die Vermehrung des Verbrauchs und ungefähr je ein Viertel auf die Anlageinvestitionen sowie die Vorratsveränderung. Die Lagerbestände können jetzt wieder als normal bezeichnet werden, während die Anlagenkäufe 1968 mit rund 120 Mrd. DM lediglich das Niveau der Jahre 1965/66 erreichen.

Als Erbe der Rezession bleiben die im Vorjahr entstandenen Schuldnerpositionen des Auslandes und des Staates in gleicher Größenordnung erhalten. In beiden Sektoren zusammen reduzierte sich die Neuverschuldung lediglich von 18 auf schätzungsweise 15 Mrd. DM. Von dieser Seite waren also kaum retardierende Einflüsse auf die Entwicklung der Gesamtnachfrage wirksam. Gleichzeitig stieg — wenn auch nur im Ausmaß der erzielten Einkommenssteigerungen — die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte. Damit war 1968

²⁾ Wochenbericht des DIW, Nr. 42/43 von 1968.

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt und seine Komponenten 1966 bis 1969¹⁾

Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr

	1966	1967	1968	1969	1966		1967		1968		1969	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Land- und Forstwirtschaft	0,7	−0,8	−3,0	3,0	−2,6	4,0	2,8	−4,4	−6,0	0,0	2,0	4,0
Warenproduzierendes Gewerbe	3,9	−3,0	10,1	6,5	6,1	2,0	−5,0	−1,2	9,9	10,7	7,3	5,8
Handel und Verkehr	6,3	1,3	6,5	6,0	8,7	4,2	−0,1	2,5	5,7	7,7	6,9	5,3
Dienstleistungen	11,9	8,1	7,5	7,7	11,8	12,0	9,5	6,9	7,4	7,8	7,8	7,7
Bruttoinlandsprodukt, nominal	6,1	0,7	8,1	6,6	7,6	4,8	−0,1	1,4	7,3	8,9	7,2	6,1
Deflationierungsfaktor ²⁾	3,7	0,6	1,9	2,6	4,2	3,5	1,6	−0,3	1,0	2,5	2,3	2,9
Bruttoinlandsprodukt, real ²⁾	2,2	0,0	6,1	3,9	3,2	1,3	−1,7	1,7	6,1	6,2	4,7	3,1
Arbeitsvolumen	−1,1	−3,8	0,3	0,2	−0,2	−2,0	−3,6	−4,0	−0,5	1,1	0,4	0,1
Produktivität	3,3	3,8	5,8	3,7	3,4	3,4	2,0	5,9	6,6	5,0	4,3	3,0

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1968 sowie Daten für 1969: Prognose des DIW. — ²⁾ 1954 = 100.

ein ungewöhnlich großer Spielraum zur Eigenfinanzierung der stark wachsenden gewerblichen Investitionen gegeben. Bei ungefähr gleichem Finanzierungsvolumen wie vor der Rezession war der Fremdfinanzierungsanteil an den Investitionen nur halb so groß wie damals.

Mit diesem kurzen Rückblick auf 1968 ist zugleich das entscheidende Problem des kommenden Jahres umrissen: Nach den bisherigen Erfolgen kann ein sich selbst weiter tragendes Wachstum nur dann erhofft werden, wenn jetzt auch die strukturellen Verzerrungen von Einkommensverteilung wie Einkommensverwendung beseitigt werden. Tendenzen in dieser Richtung sind bereits wirksam. So beschleunigte sich die Zunahme der Lohn Einkommen im Verlauf des Jahres mit entsprechenden Auswirkungen auf den privaten Verbrauch. Andererseits setzte auch schon die Phase

der abnehmenden Neuverschuldung des Staates ein, die sich 1969 verstärkt fortsetzen dürfte und im Jahresdurchschnitt vermutlich wieder zu einem vollen Ausgleich von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben führen wird, falls das vorgesehene Ausgabenvolumen nicht doch noch erhöht wird.

Ohne zusätzliche Ausgaben kann mit diesem Ausgleich gerechnet werden, wenn das Sozialprodukt in projiziertem Ausmaß von 6 bis 7 vH zunimmt und die öffentlichen Ausgaben mit gleicher Intensität wachsen. Unterscheidet man zwischen den drei großen Ausgabenströmen der öffentlichen Übertragungen, des öffentlichen Verbrauchs und der öffentlichen Investitionen, so kann für die Transferzahlungen des Staates (einschließlich Sozialversicherung) — und damit die knappe Hälfte der Ausgaben — mit weitgehender Sicherheit gesagt werden, daß ein Zuwachs von 7 vH nicht über-

Einnahmen und Ausgaben des Staates 1967 bis 1969¹⁾

	in Mrd. DM							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr						
	1967	1968	1969	1968		1969		1967	1968	1969	1968		1969	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Steuern	115,4	121,0	134,2	56,1	64,9	62,6	71,6	2,4	4,9	10,9	1,2	8,2	11,6	10,3
Direkte Steuern	48,8	53,9	57,7	24,4	29,5	26,1	31,6	−0,1	10,5	7,1	7,4	13,0	7,0	7,1
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	66,6	67,1	76,5	31,7	35,4	36,5	40,0	4,4	0,8	14,1	−3,2	4,4	15,0	13,0
Abgaben zur soz. Sicherung	50,9	56,0	61,8	27,0	29,0	29,6	32,2	2,5	10,0	10,4	9,8	10,3	9,6	11,0
Erwerbseinkommen	5,1	5,1	5,4	2,4	2,7	2,6	2,8	.	.	.	.	.	.	.
Summe der Einnahmen	171,4	182,1	201,4	85,5	96,6	94,8	106,6	2,0	6,2	10,6	3,8	8,5	10,9	10,4
Übertragungen	82,3	85,4	91,1	41,9	43,5	44,6	46,5	9,8	3,8	6,7	4,3	3,1	6,4	6,9
Verfügbares Einkommen	89,1	96,7	110,3	43,6	53,1	50,2	60,1	−4,3	8,5	14,1	3,2	13,5	15,1	13,2
Verbrauch	80,6	84,0	90,8	38,5	45,5	42,0	48,8	6,7	4,2	8,1	1,0	7,0	9,1	7,3
Nettoinvestitionen	16,7	18,1	19,0	7,1	11,0	7,6	11,4	−7,0	8,4	5,0	6,2	11,1	7,0	3,6
Geldvermögen	−8,2	−5,4	0,5	−2,0	−3,4	0,6	−0,1	.	.	.	.	.	.	.
Summe der Ausgaben	171,4	182,1	201,4	85,5	96,6	94,8	106,6	2,0	6,2	10,6	3,8	8,5	10,9	10,4

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1968 sowie Daten für 1969: Prognose des DIW.

schritten wird. Weniger sicher ist die Vorausschätzung des öffentlichen Verbrauchs. Hier wird die Entwicklung der Personalkosten und der im Jahre 1968 reduzierten militärischen Sachausgaben den Ausschlag geben. Bei der veranschlagten Verbrauchszunahme von 8 vH wurde davon ausgegangen, daß die Personalausgaben proportional zum Sozialprodukt wachsen und die militärischen Sachaufwendungen um 1,5 Mrd. DM zunehmen; sie würden dann das Niveau von 1967 wenig übertreffen. Große Zurückhaltung ist dagegen bei der Prognose der öffentlichen Investitionen am Platze. Über die bekanntgewordenen Etatansätze hinausgehend wurde ein Zuwachs um nominal 5 vH in Rechnung gestellt. Es ist dringend zu wünschen, daß mit der sich bessernden Finanzlage des Staates dieser geringe Zuwachs schließlich doch noch übertroffen wird.

Auf der Einnahmenseite kann der Staat bereits unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung mit rund 8 Mrd. DM Mehreinnahmen rechnen. Die nochmalige Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung, der Fortfall der auf 1968 konzentrierten Steuererstattung auf Altvorräte sowie die Heraufsetzung des Umsatzsteuersatzes auf 11 vH (gegenüber 10,5 vH im Jahresdurchschnitt 1968) dürften sich in dieser Größenordnung auswirken. Hinzu kommen die Mehreinnahmen aufgrund des Einkommenswachstums. Insbesondere bringt die stark progressive Lohnsteuer rund 3 Mrd. DM Mehreinnahmen, und auch das Aufkommen an Gewinnsteuern wird weiter — wenn auch viel schwächer als die Lohnsteuer — steigen. Insgesamt dürften alle Einnahmen von Gebietskörperschaften und

Sozialversicherung um 11 vH (fast 20 Mrd. DM) steigen.

Strukturell hätte der Staat bei dieser Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben 1969 wieder den Status der — per Saldo — vollen Eigenfinanzierung öffentlicher Investitionen erreicht. Konjunkturell entzieht er im Ausmaß der Veränderung des Finanzierungssaldos (5 bis 6 Mrd. DM) dem Wirtschaftskreislauf wirksame Nachfrage. Ebenso wird sich im nächsten Jahr der Transfersaldo zwischen Staat und Arbeitnehmern (Abgaben der Arbeitnehmer abzüglich Sozialeinkommen) weiter zugunsten des Staates verbessern und erstmals seit 1964 wieder positiv sein. Das Ausmaß der Veränderung hängt von der Intensität des zu erwartenden Lohnanstiegs ab. Geht man davon aus, daß die effektiven Durchschnittseinkommen (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um rund 7 vH steigen werden, so wächst das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aufgrund von Mehrbeschäftigung und Mehrzahlung an Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung ungefähr um 8,5 vH. Dieser Kostenzuwachs der Arbeitgeber fließt aber zu einem Fünftel als Lohnsteuer und Sozialabgaben direkt in die öffentlichen Kassen; die Nettolöhne und -gehälter werden nur um gut 6,5 vH steigen.

Die sich nochmals erweiternde Spanne zwischen Brutto- und Nettoeinkommen der Arbeitnehmer muß bei den kommenden Lohnverhandlungen Berücksichtigung finden. Andernfalls gelingt es nicht — oder nur auf niedrigerem Niveau als hier projiziert —, das gesamtwirtschaftliche Wachstum durch eine proportionale Ausdehnung des privaten Ver-

Bruttoeinkommensverteilung 1967 bis 1969¹⁾

	in Mrd.DM							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1967	1968	1969	1968		1969		1967	1968	1969	1968		1969		
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	243,4	259,6	281,0	123,2	136,4	132,7	148,3	0,2	6,7	8,2	4,9	8,3	7,7	8,7	
Steuern	19,1	21,5	24,5	8,7	12,8	9,9	14,6	1,7	12,6	14,0	11,8	13,3	13,8	14,1	
Sozialversicherungsbeiträge	46,8	52,1	57,7	25,2	26,9	27,7	30,0	1,9	11,3	10,7	10,7	11,6	9,9	11,5	
Nettolöhne u. -gehälter	177,5	186,0	198,8	89,3	96,7	95,1	103,7	-0,4	4,8	6,9	2,8	6,7	6,5	7,2	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	118,7	137,6	136,4	62,5	75,1	63,5	72,9	-2,5	15,9	-0,9	19,4	13,3	1,6	-2,9	
Öffentl. Erwerbseinkommen	5,1	5,1	5,4	2,4	2,7	2,6	2,8	.	.	.	.	.	.	.	
Steuern und Abgaben	33,8	36,3	37,3	17,5	18,8	18,1	19,2	0,0	7,4	2,8	4,2	10,6	3,4	2,1	
Nettogewinne	79,8	96,2	93,7	42,6	53,6	42,8	50,9	-3,0	20,6	-2,6	28,3	15,0	0,5	-5,0	
dar.: Entnahmen	71,1	77,5	82,3	35,2	42,3	37,4	44,9	0,1	9,0	6,2	8,3	9,6	6,3	6,1	
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	66,6	67,1	76,5	31,7	35,4	36,5	40,0	4,4	0,8	14,1	-3,2	4,4	15,0	13,0	
Abschreibungen	55,2	59,4	64,4	29,3	30,1	31,7	32,7	5,7	7,6	8,5	7,2	8,0	8,3	8,6	
Bruttosozialprodukt	483,9	523,7	558,3	246,7	277,0	264,4	293,0	0,6	7,9	6,6	7,4	9,0	7,2	6,1	

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1968 sowie Daten für 1969: Prognose des DIW.

brauchs zu stabilisieren. In der vorgelegten Projektion nehmen Nettolöhne und Sozialeinkommen — wie auch schon 1968 — in fast gleichem Ausmaß zu. Damit ist, sofern sich die Sparquote der Unselbständigen nicht wesentlich ändert, auch der Spielraum für die Zunahme des privaten Verbrauchs zwischen 6,5 und 7 vH fixiert. Strukturell bleibt der private Verbrauch dann mit knapp 57 vH Anteil am Bruttosozialprodukt nahezu ebenso hoch wie 1968 und in der Zeit unmittelbar vor der Rezession.

Von seiten der Unternehmernachfrage tritt 1969 eine Abschwächung bei den Vorratsinvestitionen ein, nachdem die in der Rezession gekürzten Bestände im Verlauf dieses Jahres wieder aufgefüllt worden sind. Die gegenwärtig sehr rege Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen wird in dieser Intensität nicht anhalten, aber doch zu überdurchschnittlich steigenden Ausgaben führen (+ 12 vH) und auch auf die Bautätigkeit für die gewerbliche Wirtschaft ausstrahlen. Dagegen wird im Wohnungsbau nahezu Stagnation herrschen. Dadurch verkürzt sich der Zuwachs aller Investitionen (ohne Staat) auf schätzungsweise 7 vH. Der Anteil der gesamten Bauinvestitionen (einschließlich Staat) am Sozialprodukt nimmt weiter ab; der Anteil der

Ausrüstungsinvestitionen steigt, ohne allerdings den Stand von 1966 wieder zu erreichen. Auf das Produktions- und Umsatzniveau der Investitionsgüterindustrien kann diese Feststellung jedoch nicht übertragen werden. Die Investitionsgüterproduzenten erzeugen heute zwar wieder mehr als vor der Rezession, exportieren jedoch davon einen wesentlich größeren Anteil.

An dieser Stelle verbleibt auch 1969 ein Konflikt: Einerseits entwickelt sich — aus konjunktureller Sicht — der Außenhandel weiter voll zufriedenstellend; insbesondere wird erwartet, daß die Importe mit + 10 vH erheblich stärker zunehmen werden als die Inlandsproduktion. Doch ist der Niveauabstand zum Export mit 16 Mrd. DM so groß, daß die Importe um 1,5 vH rascher zunehmen müßten als der Export, um den Außenbeitrag konstant zu halten — und um 3 vH rascher, um ihn innerhalb von drei Jahren zu halbieren. So erheblich differieren konjunkturelle und strukturelle Beurteilung der außenwirtschaftlichen Beziehungen.

Weniger problematisch zu beurteilen ist die recht drastisch erscheinende Kürzung der unverteilter Gewinne im nächsten Jahr, wie sie sich aus der vorgelegten Schätzung ergibt. Einem Zuwachs der Bruttoinvestitionen um 7,5 Mrd. DM steht eine Ab-

Die Verwendung des Sozialprodukts 1967—1969¹⁾

	in Mrd. DM							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1967	1968	1969	1968		1969		1967	1968	1969	1968		1969		
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Zu jeweiligen Preisen															
Verbrauch	362,0	380,9	407,5	178,7	202,2	191,3	216,2	3,3	5,0	7,0	3,4	6,9	7,1	6,9	
privat	281,4	296,9	316,7	140,2	156,7	149,3	167,4	2,4	5,5	6,7	4,1	6,8	6,5	6,8	
öffentlich	80,6	84,0	90,8	38,5	45,5	42,0	48,8	6,7	4,2	8,1	1,0	7,0	9,1	7,3	
Anlageinvestitionen	110,4	119,3	129,2	54,4	64,9	59,7	69,5	−9,4	8,1	8,3	6,0	9,8	9,7	7,1	
Bauten	58,2	62,6	65,7	28,4	34,2	30,1	35,6	−9,5	7,6	5,0	5,2	9,6	6,0	4,1	
Ausrüstungen	52,2	56,7	63,5	26,0	30,7	29,6	33,9	−9,4	8,6	12,0	7,0	10,0	14,0	10,4	
Vorratsinvestitionen	−4,5	7,3	6,0	5,5	1,8	5,1	0,9	.	.	.	.	.	.	.	
Außenbeitrag	16,0	16,2	15,6	8,1	8,1	8,3	7,3	.	.	.	.	.	.	.	
Ausfuhr	111,3	122,2	132,4	58,1	64,1	63,5	68,9	8,0	9,8	8,3	7,4	12,2	9,3	7,5	
Einfuhr	95,3	106,0	116,8	50,0	56,0	55,2	61,6	−1,3	11,2	10,2	9,4	13,1	10,4	10,0	
Bruttosozialprodukt	483,9	523,7	558,3	246,7	277,0	264,4	293,9	0,6	8,2	6,6	7,4	9,0	7,2	6,1	
Zu Preisen von 1954															
Verbrauch	255,3	262,9	273,7	124,8	138,1	130,2	143,5	1,1	3,0	4,1	1,5	4,3	4,3	3,9	
privat	207,7	214,8	223,7	102,5	112,3	106,8	116,9	0,6	3,4	4,2	1,8	4,5	4,2	4,1	
öffentlich	47,6	48,1	50,0	22,3	25,8	23,4	26,6	3,4	1,1	3,9	−1,4	3,3	4,9	3,1	
Anlageinvestitionen	79,1	83,7	89,7	38,4	45,3	41,8	47,9	−7,4	5,9	7,1	5,2	6,5	8,8	5,6	
Bauten	35,6	37,2	38,4	17,0	20,2	17,7	20,7	−6,5	4,4	3,3	3,9	4,9	4,4	2,3	
Ausrüstungen	43,5	46,5	51,3	21,4	25,1	24,1	27,2	8,2	7,1	10,1	6,2	7,9	12,2	8,3	
Vorratsinvestitionen	−3,8	6,6	5,5	5,0	1,6	4,7	0,8	.	.	.	.	.	.	.	
Ausfuhr	100,9	112,5	121,3	53,6	58,9	58,6	62,7	9,5	11,5	7,8	8,9	13,9	9,3	6,4	
abzügl. Einfuhr	98,2	111,6	122,3	52,8	58,8	58,3	64,0	−0,4	13,6	9,6	11,8	15,3	10,4	8,9	
Bruttosozialprodukt	333,3	354,1	367,9	169,0	185,1	177,0	190,9	0,0	6,2	3,9	6,2	6,3	4,7	3,1	

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; 2. Halbjahr 1968 sowie Daten für 1969: Prognose des DIW.

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1968 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; 2. Halbjahr 1968 sowie Daten für 1969: Prognose des DIW.

nahme der Brutto-Eigenmittel um 2 Mrd. DM gegenüber. Beim Vergleich beider Jahre ist zu bedenken, daß die Unternehmen 1968 erhebliche Sondereinnahmen aus der steuerlichen Entlastung der Altvorräte erhielten. Dadurch vergrößerte sich der Zugang an Brutto-Eigenmitteln innerhalb eines Jahres um fast ein Fünftel. Nach dem erwarteten Rückgang im nächsten Jahr verbliebe für die Jahre 1968/69 zusammen immerhin noch ein durchschnittlicher Zuwachs von 7 bis 8 vH. Auch läge die Selbstfinanzierungsquote 1969 dann immer noch beträchtlich über dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1966.

Trotz dieser Argumente wird der für 1969 projizierte Rückgang der Eigenmittel bzw. die daraus resultierende Zunahme der Neuverschuldung der Investoren von rund 17 auf 27 Mrd. DM zweifellos restriktive Wirkungen haben. Die dämpfenden Einflüsse werden — wie beschrieben — in erster Linie vom Staat ausgehen; sie lassen es nicht zu, in der vorgelegten Prognose das gegenwärtige Wachstumstempo der westdeutschen Wirtschaft ungeschwächt auf 1969 zu extrapolieren.

Auch bei verringertem realen Wachstum wird es 1969 zu Preissteigerungen kommen. Der Preisindex des privaten Verbrauchs wie auch des Sozialprodukts dürfte sich im nächsten Jahr um 2,5 vH erhöhen. Beim privaten Verbrauch wird mit einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs gerechnet, allerdings nur deshalb, weil nicht nochmals — wie 1967 und 1968 — sinkende Nahrungsmittelpreise erwartet werden können. Für die übrigen Verbrauchsbereiche zeichnet sich zusammengefaßt eher ein abgeschwächter Preisanstieg ab. Hier wirkte die Mehrwertsteuer 1968 preissteigernd. Übrigens war selbst in der Rezessionsphase ein Preisanstieg des privaten Verbrauchs ohne Nahrungsmittel um 3 vH zu verzeichnen; im Aufschwung setzt sich damit nur der alte Preistrend fort.

Von der Entstehungsseite des Sozialprodukts her ist die wichtigste Ursache der ständigen Preissteigerungen darin zu sehen, daß die Produktivität je Arbeitsplatz — technisch bedingt — sehr unterschiedlich wächst. Dadurch werden Einkommensanpassungen ausgelöst, die nicht preisneutral sind. Vereinfacht ausgedrückt: Dienstleistungen werden zwangsläufig teurer, industrielle Erzeugnisse — wie die Erfahrung zeigt — nicht entsprechend billiger³. Rund die Hälfte des statistisch errechneten gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs ist darauf zurückzuführen, daß im öffentlichen Dienst und einer Vielzahl anderer Dienstleistungen kein brauchbarer

Produktivitätsmaßstab existiert und deshalb Einkommenserhöhungen weitgehend mit Preissteigerungen gleichgesetzt werden. Dieses Verfahren ist zwar üblich, doch sind die daraus resultierenden Konsequenzen für die Preisindizes noch viel zu wenig bekannt. Solange die Errechnung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus als ein Akt der Willkür einzustufen ist, muß entweder ein Toleranzspielraum für methodisch bedingte Preisaufblähungen eingeräumt oder ein anderer Maßstab für Preisstabilität gefunden werden⁴.

Investitionsgüterindustrien tragen die Expansion

Der konjunkturelle Aufschwung, der um die Mitte des vergangenen Jahres begann, hat in der Industrie im Laufe des Jahres 1968 unvermindert angehalten. Seit Anfang des Jahres wächst die industrielle Produktion konjunkturell monatlich um fast 1,5 vH. Dieser Anstieg wird in den kommenden Monaten nicht nachlassen, da die Auftrags-eingänge aus dem Inland und Ausland weiterhin wachsen und der Auftragsbestand nach wie vor zunimmt. Für den Durchschnitt des Jahres 1968 kann mit einem Zuwachs der gesamten industriellen Produktion von 10 bis 11 vH gerechnet werden. Ausgehend vom Jahre 1966 verbleibt aber nur eine jährliche Steigerung von wenig mehr als 3 vH.

In besonderem Maße haben die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie die Verbrauchsgüterindustrien zum diesjährigen Produktionsanstieg beigetragen. Wachstumsindustrie par excellence blieb auch in diesem Jahr die Chemische Industrie. Stark beeinflusst wurde die Produktionszunahme des Jahres 1968 von der Wiederaufstockung der Lager, die im vergangenen Jahr erheblich reduziert worden waren. Die durch die völlige Umkehr der Lagerdispositionen der Unternehmungen in diesem Jahr ausgelöste zusätzliche Nachfrage kam besonders einigen verbrauchsnahen Industriezweigen zugute. Auch die Eisen- und Stahlindustrie erhielt in erheblichem Maße zusätzliche Aufträge infolge der veränderten Lagerdispositionen der Stahlverbraucher.

Das überaus kräftige Wachstum der Automobilindustrie, das die scharfe Rezession des Vorjahres ablöste, war in erheblichem Umfang von zusätzlichen Ausfuhren und weniger von der einheimischen Nachfrage stimuliert. Die wachsende Nachfrage nach Automobilen regte die inländische

³ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1968: „Zur Wirtschaftslage.“

⁴ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967/68, Ziff. 263.

Entwicklung der industriellen Nettoproduktion¹⁾
in der Bundesrepublik Deutschland
Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr

Industriegruppen	1967	1968 ²⁾	1969 ²⁾
Bergbau	— 7,0	3	0
Verarbeitende Industrie . . .	— 2,6	11	7,5
Grundstoff- u. Produktions- güterindustrien	2,6	13	8
dar.: Steine und Erden . . .	— 5,3	3	5
Eisen- u. Stahlind.	0,6	13	0
Chemische Industrie	8,5	15	13
Mineralölverarbeitung . . .	4,6	13	10
Investitionsgüterindustrien . .	— 7,1	10	9
dar.: Maschinenbau	— 7,4	5	10
Fahrzeugbau	— 15,0	25	8
Elektrotechn. Ind.	— 2,3	15	12
Verbrauchsgüterindustrien . .	— 4,9	13	7
dar.: Kunststoffverarb. Ind. . .	5,7	25	14
Textilindustrie	— 7,0	18	6
Bekleidungsindustrie	— 10,5	9	10
Nahrungs- u. Genußmittelind. .	1,8	5	4
Gesamte Industrie	— 2,8	10,5	7

¹⁾ Berechnet nach dem kalendermonatlichen Index der industriellen Nettoproduktion, 1962 = 100 (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden). —
²⁾ Schätzung des DIW.

Erzeugung verschiedener Zulieferindustrien an, insbesondere die Gummi- und Asbestverarbeitung, die Stahlverformung und die NE-Metallindustrie.

Verglichen mit den Ergebnissen dieser Industriezweige fällt die für 1968 zu erwartende Jahreswachstumsrate im Maschinenbau bescheiden aus. Die konjunkturelle Belebung hat hier später eingesetzt. Außerdem wird die Jahreswachstumsrate der Maschinenproduktion durch Sondervorgänge beeinflusst: Um die im Oktober des vergangenen Jahres auslaufenden Sonderabschreibungen ausnutzen zu können, hat die Wirtschaft im vierten Quartal 1967 in nicht unerheblichem Umfang Investitionen vorgenommen, die erst für 1968 geplant waren. Davon profitierte auch der Maschinenbau. Im ersten Quartal 1968 war hier in Reaktion auf die Sondereinflüsse von Ende 1967 die Produktion scharf zurückgegangen; im vierten Quartal wird die Jahreswachstumsrate wegen des überhöhten Vorjahresniveaus das tatsächliche Wachstum abermals zu niedrig erscheinen lassen.

Die industrielle Erzeugung ist in diesem Jahr zum ersten Mal seit 1964 wieder schneller gestiegen als die Produktionskapazität. Die Auslastung des Potentials, die von 1965 bis 1967 anfangs leicht, dann sehr stark rückläufig war, hat sich mithin wieder deutlich verbessert. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der gesamten Industrie wird sich 1968 um reichlich 5 vH erhöhen. Am stärksten wird die Erholung bei den Verbrauchsgüterindustrien sein. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien haben 1968 wie schon in den Vorjahren die

höchste Kapazitätsauslastung unter den großen Bereichen der Industrie erzielt. Dennoch wird 1968 in keinem Bereich, ja wahrscheinlich in kaum einem Zweig der verarbeitenden Industrie, der bisher — meist zwischen 1960 und 1965 — erzielte Höchststand der Auslastung des Produktionspotentials übertroffen werden.

Im Jahre 1969 werden aller Voraussicht nach die Investitionsgüterindustrien die konjunkturelle Führung übernehmen und das durchschnittliche Produktionswachstum der verarbeitenden Industrie (7,5 vH) übertreffen. Starke Impulse werden von der beträchtlichen Zunahme der privaten Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen ausgehen, die in besonderem Maße dem Maschinenbau und der Elektrotechnischen Industrie, soweit sie Investitionsgüter produzieren, zugute kommen werden.

Im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ist bei weiterhin ungeschwächter Entwicklung der Chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung deshalb im ganzen mit einer leichten Wachstumsverlangsamung zu rechnen, weil für die Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1969 angesichts der zur Zeit relativ großen Stahlläger kein nennenswertes weiteres Wachstum der Stahlnachfrage zu erwarten ist.

Die Verbrauchsgüterindustrien werden 1969 nach der überdurchschnittlichen — mit dem Lageraufbau zu begründenden — Entwicklung des Vorjahres ein durchschnittliches Wachstum erreichen. An der Spitze der Skala steht nach wie vor die Kunststoffverarbeitende Industrie, die allerdings ihre Erzeugung nicht mehr so stark wird ausdehnen können wie in diesem Jahr (etwa um 14 vH nach 25 vH). Ihr Anteil an der industriellen Produktion wird sich infolge der steigenden Verwendung von Kunststoffserzeugnissen weiterhin erhöhen. Die Bekleidungsindustrie kann für das nächste Jahr eine recht gute Nachfrageentwicklung erwarten. Die für die übrigen Verbrauchsgüterindustrien geschätzten Zuwachsraten liegen zwischen 6 und 8 vH, mit Ausnahme der Lederindustrie, deren Produktion nach den sehr guten Ergebnissen des Jahres 1968 im kommenden Jahr kaum nennenswert steigen dürfte.

Die Investitionstätigkeit der Industrie dürfte 1968 dem Volumen nach um etwa 8 vH zunehmen. Sie wird 1969 wesentlich stärker wachsen als in diesem Jahr, wobei das Motiv der Kapazitätserweiterung wieder an Bedeutung gewinnen wird. Die verfügbaren Indikatoren deuten eine Steigerung

der realen Brutto-Anlageinvestitionen um mindestens 13 vH an. Mit mehr als 23 Mrd. DM (Preisbasis 1962) wäre damit zwar zum ersten Mal seit längerer Zeit ein neuer Höchststand der realen Investitionstätigkeit erreicht, seit 1965 aber — damals wurden 22,5 Mrd. DM (Preisbasis 1962) von der Industrie investiert — ergibt sich ein sehr geringes Wachstum. Die Rezessionsperiode hat die Investitionsneigung der Wirtschaft so stark beeinträchtigt, daß das Investitionsvolumen von 1969 auch nach der raschen Erholung seit Ende 1967 noch erheblich unter dem längerfristigen Trend liegen wird. Auch die Investitionsquote der Industrie wird im kommenden Jahr von früheren Höchstquoten noch weit entfernt bleiben.

Das Produktionspotential der gesamten Industrie wird 1969 infolge der weiterhin steigenden Investitionen zwar etwas schneller wachsen als in den beiden letzten Jahren (1969: + 5,5 vH; 1968: + 5 vH). Der Auslastungsgrad des Potentials wird sich sowohl bei den Investitionsgüterindustrien als auch in den anderen Bereichen weiter erhöhen. Dennoch wird das Jahr 1969 keine Rekordauslastung des industriellen Produktionspotentials bringen. Insbesondere bei den Investitionsgütern bleibt der Abstand zu den bisher erreichten Maximalziffern noch immer beträchtlich. Der Angebotspielraum ist hier noch sehr erheblich; eine Produktionszunahme um 12 vH erscheint realisierbar, ohne daß ernsthafte Faktorengpässe zu befürchten sind.

Die Zahl der von der Industrie beschäftigten Personen wird 1969 wieder stärker zunehmen und im Durchschnitt dieses Jahres um mindestens 1,5 vH höher sein als 1968. Stärker wird allerdings das Arbeitsvolumen steigen, da 1969 vermutlich mehr Überstunden geleistet werden.

Die aus der erwarteten Produktionssteigerung einerseits und der Beschäftigtenentwicklung andererseits resultierenden Fortschritte der Arbeitsproduktivität werden 1969 in allen Industriebereichen und in fast allen Zweigen geringer sein als 1968. Diese Abschwächung ist so gut wie ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der positive Einfluß der Auslastungsverbesserung auf die Arbeitsproduktivität im Jahre 1969 geringer sein wird als im Jahre 1968.

Das Produktionspotential wird nicht ausgeschöpft

Die vorliegende Prognose stellt für 1969 ein weiteres Wachstum der westdeutschen Wirtschaft in Aussicht. Die reale Zunahme des Bruttosozialpro-

dukts von 4 vH gegenüber dem Niveau von 1968, das durch das kräftige Wachstum von real reichlich 6 vH erheblich angehoben wurde, dürfte vielerorts mit dem Prädikat „befriedigend“ oder sogar „gut“ rechnen können. Für wirtschaftspolitische Überlegungen bilden derartige Werturteile allerdings eine nur unzulängliche Basis. Erst wenn das zu erwartende Produktionsergebnis verglichen wird mit dem verfügbaren Potential, gewinnt das Urteil an Substanz.

Vieles spricht dafür, daß mit der erwarteten Produktionsleistung die im Jahre 1969 vorhandenen und neu hinzukommenden Ressourcen nicht voll auszuschöpfen sind. Schon bei einer vorsichtigen Einschätzung des Arbeitskräftepotentials wird erkennbar, daß die der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Reserven keineswegs voll eingegliedert werden. Die starke Reduzierung der statistisch erfaßten Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf eine Quote, die mit Vollbeschäftigung bezeichnet werden kann, verstellt jedenfalls den Blick auf die tatsächliche Situation⁵. Auch im Bereich der technischen Kapazitäten wird der unter Berücksichtigung des laufenden Kapazitätsausbaus 1969 verfügbare Spielraum durch das Produktionswachstum nicht voll in Anspruch genommen werden. Kapital und Arbeitskräfte ließen einen Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts von etwa 6 vH durchaus zu.

Das Wachstum des realen Sozialprodukts wird somit 1969 im wesentlichen von der Nachfrage bestimmt und im allgemeinen nicht vom Angebot her limitiert werden. Diese Einschätzung stimmt — legt man das prognostizierte Wachstum von 4 vH zugrunde — überein mit den Berechnungen des Sachverständigenrats im Jahresgutachten von 1967⁶, nach denen 1969 ein zu Preisen von 1966 gerechnetes Bruttosozialprodukt von 538 Mrd. DM für möglich und erstrebenswert gehalten wurde. Dabei wird 1968 das vom Rat empfohlene Wachstumsziel geringfügig überschritten werden; 1969 wird das Produkt mit 528 Mrd. DM (auf vergleichbares Ausgangsniveau und zu Preisen von 1966 umgerechnet) aber um 10 Mrd. DM kleiner sein als vom Rat empfohlen.

⁵ Vgl. Lutz Reyher und Rudolf Riefers: „Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik im zweiten Halbjahr 1968.“ Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen, Heft 4, Oktober 1968, S. 218—236 (S. 232/33). Nach diesen Berechnungen wird 1969 allein aus der inländischen Reserve eine Zahl von 400 000 Personen zusätzlich verfügbar bleiben.

⁶ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1967/68 Ziff. 312 ff.

Übereinstimmung besteht dagegen formal gesehen bei dem für 1969 vorausberechneten Produktionsniveau mit der in der ersten mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung⁷ für 1969 eingesetzten Größe. Sie betrug — die Stagnation des

Die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts und seines Preisindex 1966 bis 1969
Preisbasis 1966 = 100

	1966 ¹⁾	1967	1968	1969
<i>Bruttosozialprodukt in Mrd. DM:</i>				
Mittelfristige Zielprojektion der Bundesregierung Mai 1967 . . .	477,9	487,6	507,3	527,7
Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1967/68 vom Herbst 1967	477,9	476,7	507,2	538,1
Tatsächliche Werte bzw. Prognose des DIW vom November 1968 ²⁾	477,9	478,1	507,8*)	528,1*)
<i>Preisindex des BSP:</i>				
Mittelfristige Zielprojektion	100	102	104,5	106
Tatsächl. Werte bzw. Prognose d. DIW ²⁾	100	100,6	102,5*)	105,2*)

¹⁾ Alle Zahlen wurden auf den 1967 bekannten Wert der amtlichen Sozialproduktrechnung für 1966 bezogen. — ²⁾ Prognosewerte: *).

realen Produkts im Jahre 1967 war dabei allerdings nicht berücksichtigt worden — 528 Mrd. DM, entsprach also dem heute vorhersehbaren Niveau.

Gemessen an diesen Daten kann das für 1969 zu erwartende Wachstum kaum besser als „befriedigend“ bezeichnet werden; von einer Überforderung des Potentials kann nach diesen Vergleichen schon gar nicht die Rede sein.

Die reale Sozialproduktzunahme wird 1969 vor allem von den privaten Anlageinvestitionen getragen werden. Stärker als 1968 wird auch der Verbrauch zur Erhöhung der Gesamtnachfrage beitragen. Das Wachstum wird begleitet sein von einem etwas stärkeren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus einerseits und einem hohen, wenn auch gegenüber 1968 etwas verminderten Überschuß in der Leistungsbilanz andererseits.

Die Wirtschaftspolitik hat stets abzuwägen, ob die ihr im Stabilitätsgesetz vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Ziele bedroht sind und es daher korrigierender Maßnahmen bedarf. Die ungenaue Ansprache des Zielbündels im Stabilitätsgesetz erschwert und erleichtert derartige Überlegungen zugleich.

Betrachtet man das außenwirtschaftliche Gleichgewicht nur unter Zahlungsbilanzaspekten, so kann es nur dann als gestört bezeichnet werden, wenn der kompensierende Export langfristigen Kapitals, der auch für 1969 bei entsprechender Politik der Bundesbank zu erwarten ist, nicht berücksichtigt wird. Aus konjunktureller Sicht ist hervorzuheben, daß die hohen Leistungsbilanzüberschüsse 1969

nicht als Folge divergierender Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr im kommenden Jahr erscheinen, sondern daß sie als ein Erbe aus der überwundenen Rezession früheren Divergenzen zwischen den Leistungsströmen zuzuschreiben sind.

Sieht man dennoch in derart hohen Leistungsbilanzüberschüssen ein nicht zu akzeptierendes Ungleichgewicht, das zu wirtschaftspolitischen Aktionen auffordert, so muß eine Verlagerung der Nachfrage erstrebt werden. Sofern keine gleichzeitigen Einbußen am realen Wirtschaftswachstum hingenommen werden sollen, sind zusätzliche expansive Maßnahmen im Inland notwendig; denn die Exporte tragen zu einem nicht unerheblichen Teil dazu bei, daß für 1969 ein befriedigendes Wirtschaftswachstum vorhergesagt werden kann. Zusätzliche expansive Maßnahmen müßten allerdings das Ausmaß, in dem der Leistungsbilanzsaldo reduziert werden soll, erheblich übertreffen: Eine zusätzliche Steigerung der Inlandsnachfrage um 1 Mrd. DM hätte eine Erhöhung der Einfuhr um schätzungsweise ein Viertel dieses Betrages zur Folge und vice versa. Ein rascher Abbau des Leistungsbilanzsaldos, kompensiert oder initiiert durch allgemeine expansive Maßnahmen, darf also nicht erwartet werden. Nur spezielle, der Einfuhrförderung dienende Beschlüsse, versprächen im Verein mit kompensatorischen Nachfrageanregungen Erfolg.

Verfehlt wäre es überdies, den Leistungsbilanzüberschuß mit den für 1969 vorausgesagten Preissteigerungen in Beziehung zu setzen: Bei sogar leicht sinkendem Außenbeitrag werden die Preise für die Ausfuhr- wie auch für die Einfuhrgüter voraussichtlich — nach den Rückgängen in den letzten beiden Jahren — allenfalls geringfügig steigen, die terms of trade praktisch unverändert bleiben. Die Preissteigerungen des Jahres 1969 sind vielmehr zum größten Teil wiederum durch administrative Maßnahmen (Mieten), durch exogene Ursachen (Nahrungsmittelpreise) und durch Einkommensanpassung der Dienstleistungsbereiche zu erklären. So gesehen wird auch 1969 eine mit der Forderung nach Preisstabilität zu vereinbarende Situation bestehen. Betrachtet man die Entwicklung von 1967 bis 1969, so ergibt sich, daß das gesamtwirtschaftliche Preisniveau 1969 sogar noch niedriger liegen wird, als es in der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung geschätzt worden war.

⁷ Berechnung vom Mai 1967.

Konjunkturelle Gründe, die für eine Aufwertung der D-Mark sprächen, sind weder von der Entwicklung der Nachfrage noch der Preise her gegeben. Eine Aufwertung, die mit der Nachfragestruktur oder internationalen Zahlungsbilanzenerwägungen begründet würde, bedürfte unter allen Umständen flankierender binnenwirtschaftlicher Maßnahmen⁸). Andernfalls wären erhebliche Wachstumsverluste die Folge und eine neue Behinderung der Investitionsneigung sicher.

Ob das wirtschaftspolitische Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes erreicht ist oder nicht, läßt sich — wie schon bemerkt — an den Daten der Arbeitsmarktstatistik kaum messen. Gegenwärtig liegt die Zahl der Beschäftigten noch immer um etwa 900 000 unter ihrem Höchststand vor der Rezession. Angesichts des im Herbst dieses Jahres wieder erreichten niedrigen Wertes der Arbeitslosenquote (0,8 vH) bleibt also für das Urteil über die Erfüllung des Beschäftigungszieles ein großer Spielraum.

Wirtschaftspolitik: Keine Restriktionen

Trotz dieser Tatsachen ist die wirtschaftspolitische Diskussion in den letzten Monaten von einer expansiven Ausrichtung auf die Erwägung oder Empfehlung kontraktiver, antiinflationärer Maßnahmen umgeschwenkt — und dies, obwohl die Nachfrageströme weder in ihrer Zusammensetzung noch im Niveau ausreichen, das Potential auszulasten. Bereits mit der Aufstellung der öffentlichen Haushalte für das kommende Jahr und mit deren Einbettung in die Wachstumsvorstellungen der mittelfristigen Zielprojektion sind Entscheidungen gefallen, die retardierend auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken. Dies spiegelt sich deutlich in der sich radikal ändernden Verschuldungsposition des Staates wider, zeigt sich aber auch an dem nur geringen realen Wachstum, das für die Bauinvestition des nächsten Jahres erwartet wird (+ 3,3 vH), und an einem konjunkturell durchaus angemessenen Wachstum der Außenhandelsströme.

Obwohl 1969 ein Wahljahr ist, kann schwerlich angenommen werden, daß die staatliche Ausgabengebarung derjenigen früherer Wahljahre entspricht; wahrscheinlich ist vielmehr, daß zusätzliche Einnahmen keine neuen Ausgabenbeschlüsse in Form sogenannter Wahlgeschenke zur Folge haben werden.

Von der Absicht, am vorgesehenen Ausgaben volumen festzuhalten, sollte in jedem Falle abgegangen werden, wenn die zur Zeit laufenden Verhandlungen mit den USA über Devisenausgleichszahlungen zu neuen Anforderungen an den Bundeshaushalt führen. Der Versuch, diese Lasten bei anderen geplanten Ausgaben einzusparen, würde eine konjunktur- und wachstumspolitisch unververtretbare Beschneidung der inlandswirksamen Staatsausgaben zur Folge haben. Die mit zusätzlichen Zahlungen an das Ausland verbundene Reduzierung des Saldos der Forderungen gegenüber dem Ausland würde der Aufwertungsdiskussion weiteren Boden entziehen. Sie ist sogar der zur Zeit billigste Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Konjunkturell stellen sich der Wirtschaftspolitik im kommenden Jahr weder binnenwirtschaftlich noch außenwirtschaftlich Probleme, die zu restriktiven Maßnahmen Anlaß geben. Worauf die Wirtschaftspolitik zu achten hat, ist vielmehr, daß ihr nach der sich 1969 einstellenden „sozialen Symmetrie“ nicht 1970 die dann wahrscheinlich notwendig werdenden expansiven Maßnahmen durch einen Kosten- und Preisauftrieb erschwert werden, der den konjunkturellen Höhepunkt überdauert. Hier muß im Rahmen der konzertierten Aktion dafür Sorge getragen werden, daß nicht die Grundlagen für wirtschaftspolitische Zielkonflikte gelegt werden, deren Lösung angesichts des gegebenen — restriktiven — institutionellen und gesellschaftlichen Rahmens nur zu Lasten des Wirtschaftswachstums gefunden werden würde.

⁸ Vgl. auch Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1968.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 28. November 1968

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,
Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand	Ge- biet	Einheit †)	1967							1968									
			Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Jul.	Aug.	Sept.		
Verkehrsindizes																			
Personenverkehr, kalendertägl.	BRD	1962 = 100	TD	81	72	88	82	79	80	88	83	80	82	78	83	·	·	·	
Eisenbahnen, bef. Pers.				67	61	71	72	75	71	68	70	68	65	66	62	59	·	·	
Straßenbahnen, " "				99	93	106	111	116	111	111	111	109	105	107	99	98	·	·	
Omnib., Ortslinien " "				97	90	116	117	123	111	121	122	115	106	111	107	99	·	·	
Überlandl. " "				147	119	138	104	75	67	56	71	77	73	132	159	151	·	·	
Gelegenheit " "																			
Güterverkehr, kalendertäglich	BRD	1962 = 100	TD	96	97	103	112	111	100	100	101	101	·	·	·	·	·		
Eisenbahnen, bef. Güter				128	130	137	136	129	113	107	129	132	137	145	140	·	·		
Binnenschiffahrt, " "				116	127	130	127	131	129	124	135	117	131	139	137	·	·		
Seeschiffahrt, Güterumschlag				130	129	130	141	130	114	104	109	122	133	143	127	·	·		
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , bef. Güter																			
Deutsche Seefrachten	BRD	2.Hj.54=100	D	155	155	154	155	154	155	107	106	108	108	108	107	107	107	108	
Linienfahrt ²⁾				84	84	88	91	81	92	91	94	91	90	90	88	89	89		
Trampfahrt ³⁾				183	171	162	124	127	100	100	82	99	95	116	132	113	88	95	
Tankerfahrt ⁴⁾																			
Mot/Sc.=100																			
Verkehrsleistungen																			
Personenverkehr	BRD	1000	S	79707	71253	83771	80018	74194	78783	83444	75755	78856	78730	76226	79029	79995	73476	·	
Dtsch.Bundesbahn ⁵⁾ , bef. Pers.				3616	3380	2974	2547	2207	2756	2497	2273	2466	2699	2058	3242	3558	3251	·	·
Pkm				181900	165600	186200	194300	196200	192000	185200	177700	185000	171600	179800	163600	160400	·	·	
Straßenbahnen ⁵⁾ , bef. Pers.				904	823	926	960	970	947	916	868	907	841	885	807	787	·	·	
Pkm				286300	265900	313500	329300	332100	320200	332800	313800	323500	294200	316400	292000	287500	·	·	
Omnibusse ⁶⁾ , bef. Pers.	BRD	1000	S	3962	3617	4090	3555	3131	2879	3033	2936	3095	3016	3877	4205	4148	·	·	
Pkm				1944	2017	2089	1746	1199	1173	1238	1193	1448	1681	1932	2152	·	·		
Luftfahrt ⁷⁾ , Fluggäste																			
tkm																			
Güterverkehr	BRD	1000 t	S	25162	24372	24111	29232	28191	25626	24067	23403	24873	24142	26022	24215	27479	26427	·	
Dtsch.Bundesbahn ⁵⁾ , bef. Güter				4884	4673	5022	5284	5172	4852	4574	4440	4943	4553	5239	4859	5415	5190	·	
Tarif-tkm				1344	1341	1408	1549	1459	1316	1256	1236	1339	1306	1387	1248	1470	1398	·	
Güterwagengestellung				18610	18973	19312	19828	18130	16431	15586	17605	19198	19243	21095	19670	21110	·	·	
Binnenschiffahrt ⁸⁾ , bef. Güter				4226	4081	4050	4179	3608	3262	3263	3595	3937	3929	4372	4182	4427	·	·	
tkm	BRD	1000 t	S	8337	9188	9047	9143	9133	9325	8955	9094	8472	9727	10014	9543	·	·		
Seeschiffahrt ⁹⁾ , bef. Güter				11893	11768	11878	12907	11874	10405	9517	9933	11197	12206	13119	11614	·	·		
Fernverk. m. Lkw ¹⁾ , " "				2884	2864	2967	3206	2981	2640	2488	2575	2865	3039	3299	2918	·	·		
Tarif-tkm				28169	27041	30438	32514	32141	33044	29201	30576	35814	33286	34936	31890	·	·		
Luftfahrt ⁷⁾ , Fracht und Post .																			
Nachrichtenverkehr	BRD	Mill.	S	683	718	757	857	867	914	800	761	822	857	838	678	795	731	823	
Briefsendungen				19	20	23	27	32	39	21	21	25	24	17	21	20	24		
Paketendungen				186	189	198	210	197	205	202	192	209	209	224	188	228	221	·	
Abgehende Ferngespräche . .																			
Neuzulassung v. Kraftfahrzeugen	BRD	Stück	S	113882	96526	122969	141478	120456	122135	75613	112795	171679	184412	175421	128900	143339	97359	133981	
dar. Personenkraftwagen ¹¹⁾ .				101222	85246	107944	123564	104354	100304	64580	101205	155131	167183	158333	113592	127538	83999	116300	
Einzelhandelsumsätze																			
Gesamter Einzelhandel	BRD	1962 = 100	S	128,7	122,1	126,8	134,4	144,2	192,2	112,6	112,2	132,3	139,9	137,4	125,5	135,6	130,8	128,5	
Nahrungs- und Genußmittel ¹²⁾				133,8	130,3	130,1	126,9	127,4	160,2	118,6	121,4	135,0	139,3	140,5	132,8	138,6	141,7	126,4	
Bekleidung, Wäsche, Schuhe ¹³⁾				120,4	101,2	110,8	130,5	144,4	191,2	103,0	86,4	115,0	137,1	119,9	104,3	126,4	103,8	112,2	
Warenhausunternehmen				148,6	139,0	139,1	156,8	189,8	267,8	142,5	128,5	150,6	165,1	156,7	137,0	171,1	151,7	·	
Filialunternehmen				145,1	139,3	146,8	156,6	167,4	210,4	139,4	140,0	165,2	174,2	168,7	150,6	164,4	175,8	·	
Grundstoffpreise																			
Grundstoffe insgesamt ¹³⁾ . . .	BRD	1958 = 100	D	102,6	103,1	103,2	103,1	103,8	103,8	101,1	101,6	101,7	99,5	99,3	99,3	99,5	100,3	101,0	
Grundst. inländischer Herkunft				104,1	104,7	104,9	104,7	105,5	105,5	102,3	103,1	103,1	100,6	100,4	100,6	101,0	101,9	102,6	
" ausländischer " "				93,9	93,4	93,2	93,5	93,9	94,0	93,6	93,2	93,1	92,7	92,6	92,0	91,2	91,1	91,3	
Grundst. landwirtschaftl. Herk.				103,4	104,4	104,7	104,1	104,7	105,0	102,7	102,7	103,3	100,9	101,6	101,5	102,3	103,7	104,3	
" industrieller " "																			
insgesamt																			
Erzeugerpreise																			
Industrielerzeugnisse insges. ¹³⁾	BRD	1962 = 100	D	104,7	104,7	104,5	104,5	104,7	104,8	99,7	99,9	99,6	99,1	98,9	98,9	98,9	99,0	99,2	
Grundst.- und Prod.-güterind.				100,4	100,7	100,2	100,4	101,0	101,2	96,1	96,9	96,2	94,7	94,1	94,0	94,0	94,3	94,9	
Investitionsgüterindustrien .				105,4	105,3	105,2	105,1	105,1	105,1	99,1	99,0	99,0	99,0	99,0	99,0	99,2	99,3	99,4	
Verbrauchsgüterindustrien . .				107,8	107,6	107,5	107,5	107,6	107,7	102,0	101,0	101,9	101,9	101,9	101,9	102,0	102,2	102,3	
Nahrungs- u. Genußmittelind.				106,7	106,5	106,3	106,2	106,3	106,2	101,9	101,7	101,6	101,4	101,0	100,9	100,5	100,4	100,3	
Landwirtschaftliche Produkte				61/62 = 62/63															
insgesamt				= 100															
Einzelhandelspreise																			
Insgesamt ¹⁴⁾	BRD	1958 = 100	D	120	120	119	119	120	120	120	120	120	120	120	120	120	·	·	
Lebensmittel				119	118	117	117	117	117	118	118	117	118	118	119	118	118	·	·
Textilwaren und Schuhe . . .				118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	·	·
Hausrat und Wohnbedarf . .				120	120	120	120	120	119	120	120	119	119	119	119	119	120	·	·
Preisindex f. d. Lebenshaltg.																			
Gesamt ¹⁴⁾ ¹⁵⁾	BRD	1962 = 100	D	115,1	114,4	114,1	114,0	114,2	114,2	115,7	115,6	115,7	115,7	115,8	116,3	116,1	115,8	115,7	
Nahrungs- u. Genußmittel . .				113,7	111,6	110,8	110,8	110,7	111,8	111,8	111,3	111,2	111,2	111,1	112,0	111,1	110,0	109,5	
Kleidung, Schuhe				112,1	112,0	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	112,0	112,0	
Wohnungsmiete				138,8	139,3	139,5	139,8	140,3	140,5	142,8	144,0	145,0	146,2	147,5	148,1	149,3	149,9	150,6	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe				107,7	108,4	108,7	109,7	110,0	110,4	116,4	117,2	117,0	113,6	113,1	113,6	115,0	115,4	116,2	
Sonst. für Haushaltsführung ¹⁶⁾				108,2	108,1	108,1	107,9	107,9	107,8	108,2	108,2	108,2	108,2	108,1	108,6	108,7	108,7	108,7	
Waren u. Dienstleistungen für																			
Verkehr, Nachrichtenüberm. .																			
Körper- u. Gesundheitspflege																			
Bildung und Unterhaltung . .																			
Persönl. Ausstattung; sonstige																			
Waren und Dienstleistungen . .																			
Preise im Außenhandel für																			
Ausfuhrgüter insgesamt ¹³⁾ . . .	BRD	1962 = 100	D	106,7	107,0	106,9	106,9	107,0	106,9	106,1	106,3	106,1	105,6	105,4	105,6	105,5	105,5		